

Mit dem **Nein** des Rates der Stadt Hagen zur Einführung des Sozialtickets sind wir nicht einverstanden !!

**Einerseits** wird von Erwerbslosen und Niedriglöhnern **hohe Mobilität** und Teilnahme an den gesellschaftlichen Aktivitäten **eingefordert**. **Verlangt** wird hohe Bereitschaft sich **aktiv** um Arbeit und Beteiligung zu **bemühen**, Kindern Teilhabe an Bildung und Kultur zu organisieren. **Andererseits** behindert der Beschluss des Rates aber genau das und geht somit in die **falsche Richtung**.

Nach langen Debatten und viel Auseinandersetzungen haben sich die Landesregierung und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf eine Pilotphase geeinigt und dafür finanzielle Unterstützung und die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen.

**Anstatt** zumindest die Möglichkeiten der **Pilotphase zu nutzen** und dazu entsprechend einen Beschluss zu fassen, **verweigert die Mehrheit im Rat** der Stadt sowohl die Hilfe zur Teilhabe und zur Erhöhung der **Mobilität**, wie sie auch die finanziellen Angebote für diesen Pilotphase ungenutzt verstreichen lässt!

**Dies ist eine unverantwortliche Ignoranz.**

Die Kirchen, der DGB sowie viele andere Organisationen und Einzelpersonen haben sich aktiv für die Einführung des Sozialtickets ausgesprochen: Gehört wurden sie – genutzt hat es bisher nichts. Wir als DGB-Arbeitskreis freuen uns über diese Unterstützung und Solidarität und wir wünschen uns, dass sie auch weiterhin anhält und an die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen herankommt.

**Das Sozialticket bleibt auf unserer Tagesordnung !**

***Vielleicht mit DIR ?***

Wir treffen uns regelmäßig am 2. Donnerstag im Monat um 14.00 Uhr im Hagener DGB-Haus, Körnerstr. 43, [www.hagen.dgb.de](http://www.hagen.dgb.de)  
Kontakt: Ruth Schäfer, [ruth.schaefer@igbce.de](mailto:ruth.schaefer@igbce.de)

**Mach doch einfach mit ! Melde dich bei uns !**



**Arbeitskreis Erwerbslos**

V.i.S.d.P.: DGB Hagen, Anne Sandner, Körnerstr. 43, 58095 Hagen



**Info- Flyer  
November 2011**

**DGB-Erwerbslosen-Arbeitskreis-Hagen**



Nicht nur SeniorInnen, SchülerInnen und StudentInnen, sondern auch einkommensschwache BürgerInnen in Hagen haben ein Recht auf vergünstigte Tickets im öffentlichen Nahverkehr und damit die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

**Mobilität für alle!**



Stand-  
punkt

DGB-Erwerbslosen - Arbeitskreis-Hagen:

Stand-  
punkt

Neben dem Hartz IV  
auch das Nein zum

Streichkonzert nun  
Sozialticket in Hagen:

Wir wollen auch weiterhin ein Sozialticket für Hagen und sagen:

*Ja!* es ist nötig und machbar!

Wenn uns auch der Ticketpreis von 29,90€ zu hoch ist, wollen wir dennoch den ersten Schritt der Pilotphase!

Der Rat der Stadt Hagen sagt:

zum Sozialticket und damit  
zum Recht auf Mobilität für alle  
zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben,  
zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt  
zur Erhöhung der Flexibilität.

Der Rat und somit die politisch Verantwortlichen in Hagen stimmen gegen wichtige Unterstützung und die Interessen der Erwerbslosen sowie einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt

Das macht uns sauer und wütend! Wir sagen:

weil wir keine Kriminalisierung von Armut wollen  
weil wir kein Schwarzfahren aus finanzieller Not wollen  
weil wir keinen weiteren Rückzug aus der Teilhabe am Leben und Arbeiten in Hagen wollen!  
wir wollen das Sozialticket für die Menschen in unserer Stadt  
wir wollen eine sozial gerechte Kommune.

Wir sehen Denkfehler beim Nein zum Sozialticket:

- die Probephase wird bezuschusst
- ein Bus ohne Sozialticket-Fahrgäste kostet das Gleiche
- Sozialticket bedeutet zusätzliche Einnahmen für Buslinien, die sowieso fahren
- Die theoretische Mehrbelastungshochrechnung ist unseriös und nur ein Vorwand für das politisch gewollte Nein

Wir fragen:

- Welche Sonderkonditionen haben die Hagener Ratsmitglieder beim VRR?
- Warum sind Sondertickets für andere Personengruppen möglich und verkraftbar?



Wir wollen einen neuen Dialog für ein Sozialticket und ein gutes faires Leben und Arbeiten in Hagen!

Wir fordern ein Umdenken und einen neuen Beschluss von den politisch Verantwortlichen!

